

Julian Assange Prozess Update: Oberster Gerichtshof Großbritanniens lehnt Berufung ab

Das Transkript gibt möglicherweise aufgrund der Tonqualität oder anderer Faktoren den ursprünglichen Inhalt nicht wortgenau wieder.

Taylor Hudak: Hallo, ich bin Taylor Hudak von acTVism Munich und heiße Sie zu einem weiteren Update zum Fall Julian Assange willkommen. Der Oberste Gerichtshof Großbritanniens hat die Berufung von Assange gegen seine Auslieferung an die Vereinigten Staaten abgelehnt. In einer einseitigen Entscheidung lehnte ein Gremium von drei Richtern des Obersten Gerichtshofs am 14. März den Antrag auf Berufung ab. Die beauftragten Anwälte von Birnberg Peirce gaben in einer Erklärung bekannt: "Wir bedauern, dass die Gelegenheit nicht genutzt wurde, um die beunruhigenden Umstände zu prüfen, unter denen ersuchende Staaten nach Abschluss einer vollständigen Beweisanhörung Garantien unter Vorbehalt geben können". Im Januar dieses Jahres bestätigte der High Court eine Rechtsfrage zur möglichen Prüfung durch den Obersten Gerichtshof, die lautet: "Unter welchen Umständen kann ein Berufungsgericht Zusicherungen von einem ersuchenden Staat erhalten, die dem erstinstanzlichen Gericht im Auslieferungsverfahren nicht vorgelegt wurden". AcTVism Munich hat bereits in der Vergangenheit berichtet, dass die Zusicherungen der USA erst nach der Beweisanhörung dem Gericht vorgelegt wurden, und die Verteidigung argumentiert, dass alle relevanten Angelegenheiten üblicherweise dem Bezirksrichter am Amtsgericht vorgelegt werden. Im Fall Assange wurden die Zusicherungen jedoch erst in der Berufungsinstanz vorgelegt und daher während der Beweisanhörung nicht eingehend geprüft oder in Frage gestellt. Darüber hinaus behaupten die US-Behörden im Rahmen der Zusicherungen, die oft als inhärent unzuverlässig bezeichnet wurden, dass Assange nicht unter SAMs oder sogenannte besondere Verwaltungsmaßnahmen gebracht wird, was das Risiko seiner Unterbringung in anderen Formen von Isolation nicht wirklich verringert. Die USA behaupten auch, dass Assange während des Ermittlungsverfahrens nicht im ADX Florence inhaftiert sein wird, das gar kein Untersuchungsgefängnis ist, sondern nur eines von vielen Hochsicherheitsgefängnissen in den USA. Und schließlich versichern die USA, dass Assange seine Strafe in Australien verbüßen könnte, allerdings erst, nachdem alle anderen rechtlichen Möglichkeiten ausgeschöpft wurden. Darüber hinaus können diese Zusicherungen von der CIA widerrufen werden, die ein ungewöhnliches Interesse an Assange zeigt und sogar ein Attentat auf ihn plante und die DNA seines kleinen Sohnes entwendete. Die Entscheidung, Julian Assange nicht zu gestatten, vor dem Obersten Gerichtshof des

Vereinigten Königreichs gegen seine Auslieferung zu klagen, wurde von Menschenrechts- und Pressefreiheitsorganisationen in aller Welt schwer kritisiert.

Amnesty International, Reporter ohne Grenzen, das Komitee zum Schutz von Journalisten, MEAA, PEN International, die Internationale Journalisten-Föderation, der Österreichische Journalisten*innen Club, das Internationale Presseinstitut, die Freedom of the Press Foundation und andere haben sich gegen die Strafverfolgung von Assange ausgesprochen. Julia Hall von Amnesty International, sagte in einer Erklärung: "Der Oberste Gerichtshof hat eine Gelegenheit verpasst, die Akzeptanz der zutiefst fehlerhaften diplomatischen Zusicherungen Großbritanniens gegen Folter zu überprüfen. Solche Zusicherungen sind von Natur aus unzuverlässig und setzen Menschen bei Auslieferungen oder anderen Überstellungen dem Risiko schwerer Misshandlungen aus".

Der Fall wird nun an das Amtsgericht von Westminster zurückverwiesen und dann an die britische Innenministerin Priti Patel weitergeleitet, die die Auslieferung entweder genehmigen oder ablehnen wird. Das Anwaltsteam von Assange kann gegen die Argumente bezüglich des öffentlichen Interesses in dem Fall, in dem das untere Gericht nicht zu seinen Gunsten entschieden hat, Berufung einlegen. Die Verlobte von Julian Assange, Stella Moris, schrieb in einem Newsletter über den Prozess: "Julian ging lediglich seiner Arbeit nach, die darin bestand, die Wahrheit über Missstände zu veröffentlichen. Seine Loyalität gehört, wie alle Journalisten sie haben sollten: der Öffentlichkeit gegenüber. Nicht gegenüber den Geheimdiensten einer ausländischen Macht".

AcTVism Munich wird den Fall weiterhin verfolgen und Sie über aktuelle Entwicklungen informieren. Bitte stellen Sie sicher, dass Sie unsere YouTube-, Rumble- und Telegram-Kanäle abonniert haben. Bitte unterstützen Sie auch unabhängige Medien, die frei von Konzern- und Regierungseinflüssen sind, indem Sie für unsere Organisation spenden, damit wir unsere unabhängigen Nachrichten und Analysen fortsetzen können. Ich bin Taylor Hudak von acTVism Munich und danke Ihnen allen fürs Zuschauen.

ENDE